

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/13000, 16/13386, 16/13588 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ist alarmierend. Dabei sind solide öffentliche Haushalte eine wichtige Grundlage für ein nachhaltiges gesamtwirtschaftliches Wachstum. Sie schaffen Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, die Abgabenbelastung in der Zukunft zu begrenzen sowie die demografischen Belastungen der öffentlichen Finanzen zu bewältigen. Zudem sind sie ein wichtiges Fundament einer stabilitätsorientierten Geldpolitik.

Die Bundesregierung hat sich lange verweigert, die ökonomischen Fakten und insbesondere die unrealistische Einschätzung ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik einzugestehen. Wertvolle Zeit für Gegenmaßnahmen wurde vertan. Festzustellen ist, dass Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenzahlen und Beschäftigungsentwicklung sowie Staatsdefizit und Schuldenstandsquote erheblich von den seinerzeit prognostizierten Werten abweichen.

Das Bild in der Haushaltspolitik ist durch fehlerhaftes Handeln und falsche politische Weichenstellungen geprägt. Die Haushaltskonsolidierung wurde verschleppt, Ausgaben gesteigert und Steuern erhöht. Die Bundesregierung folgte nicht dem Grundsatz, die jeweiligen Einnahmen nicht zur Grundlage langfristiger Ausgaben zu machen. Generell wurde bei der Haushaltskonsolidierung nicht

auf Ausgabenbegrenzung sondern einzig auf Einnahmeerhöhung in Verbindung mit massiven Steuererhöhungen gesetzt. Diese politische Vorgehensweise erweist sich als kontraproduktiv – umso deutlicher in schwierigen konjunkturellen Zeiten und notwendiger binnenwirtschaftlicher Stimulanz. Das Ergebnis dieser Haushaltspolitik lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Bundesfinanzen sind desolat und die Neuverschuldung erreicht mit 47,6 Mrd. Euro einen historischen Höchststand.
- Das Staatsdefizit und die Schuldenstandsquote werden 2009 weit über den zulässigen Maastricht-Kriterien liegen und 2010 nach Prognosen der Deutschen Bundesbank auf bis zu 6 Prozent (Staatsdefizit) und 80 Prozent (Schuldenstandsquote) ansteigen.
- Die Konjunktur liegt am Boden, Deutschland befindet sich in der größten Rezession der Nachkriegszeit.
- Die Arbeitslosigkeit steigt deutlich in Richtung 4 Millionen an.
- Die Sozialkassen laufen aus dem Ruder, der Gesundheitsfonds und die Bundesagentur für Arbeit benötigen zusätzliche Mittel des Bundes.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt im Haushaltsjahr 2009 erreicht die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 47,6 Mrd. Euro ihren vorläufigen Höchststand. Innerhalb von nur drei Monaten muss die Bundesregierung zum zweiten Mal ihre Haushaltszahlen revidieren. Damit liegt die Nettokreditaufnahme um 29,1 Mrd. Euro über der ursprünglich veranschlagten Nettokreditaufnahme von 18,5 Mrd. Euro. Die Erhöhung entspricht einer Steigerung um rd. 160 Prozent.

Besorgniserregend ist der haushaltspolitische Attentismus. Zusehends verschlechtert sich die Haushaltssituation des Bundes, ohne dass die Bundesregierung Antworten bzw. Maßnahmen des Gegensteuerns liefert und ergreift. Ihre einzige Antwort ist, den Schulden ihren freien Lauf zu lassen. Der Bund steht damit am Ende der Regierungszeit schlechter da als am Anfang der Koalition der CDU/CSU und SPD. Die haushaltspolitische Bilanz ist angesichts einer kumulierten Neuverschuldung von über 100 Mrd. Euro (ohne Einbeziehung der Sondervermögen) negativ.

Ursache hierfür sind jedoch nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern ebenso die maßlosen Ausgabensteigerungen der vergangenen Jahre. Im Zeitraum 2006 bis 2009 sind die Ausgaben des Bundes um 43,8 Mrd. Euro auf 303,2 Mrd. Euro angewachsen. Mit dem zweiten Nachtragshaushalt steigen die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 2009 gegenüber 2008 um über 13 Mrd. Euro. Ein derartig deutlicher Aufwuchs der Ausgaben fand zuletzt Anfang der 90er-Jahre statt und war begründet durch die Wiedervereinigung.

Die Dynamik bei den Ausgabensteigerungen hat sich damit nach 2008 nochmals verstärkt und die Haushaltssituation insgesamt verschlechtert. Zurückzuführen ist dies auf eine Vielzahl von politischen Entscheidungen. So erfolgte beispielsweise eine politisch motivierte milliardenschwere Aufstockung der Haushaltsmittel in den Gesundheitsfonds; unter anderem hier zeigt sich der falsche Ansatz in der Haushaltspolitik.

Angesichts der widrigen Haushaltssituation ist es notwendig, klare Prinzipien und Zielsetzungen für die Zeit danach festzulegen. Deutschland benötigt die richtigen Strukturreformen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und damit letztlich zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

II. Der Deutsche Bundestag lehnt den Gesetzentwurf ab.

Berlin, den 30. Juni 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion